

Erste Schritte gegen illegale Eier

Brüssel: Vertragsverletzungsverfahren / Mayer: Versäumnisse

VON GIORGIO TZIMURTAS

Brüssel/Oldenburger Münsterland. Die EU-Kommission hat gestern ein Vertragsverletzungsverfahren gegen jene 13 Staaten eröffnet, in denen weiterhin die seit Januar 2012 verbotene Batteriekäfighaltung von Legehennen verbreitet ist. Das bestätigte gestern Kommissionssprecher Frédéric Vincent dieser Zeitung. Die entsprechende EU-Richtlinie war bereits 1999 erlassen worden. Seitdem hatten alle EU-Staaten Zeit für eine Umsetzung in nationales Recht.

Sofern dies nicht erfolgt ist, führt der mangelnde Tierschutz zugleich zu Wettbewerbsverzerrungen. Das sorgt besonders un-



Mahnung in Richtung Kommission: Hans-Peter Mayer (CDU)

ter Eierproduzenten in Deutschland für Unmut, wo die artgerechte Haltung seit 2000 gilt. Der Vechtaer Kreislandwirt Norbert Meyer wirft im Interview mit dieser Zeitung der EU-Kommission zu spätes Handeln vor.

Kommissionssprecher Vincent beteuerte hingegen, die Brüsseler Behörde habe kontinuierlich „politischen Druck“ auf

die Staaten ausgeübt. Die Kommission habe kein Recht, Inspektoren in die einzelnen Länder zu schicken.

Aus der Sicht des Vechtaer EU-Abgeordneten Hans-Peter Mayer (CDU) kann dieses Argument nicht ausreichen. Mayer kritisierte: „Schon während der zwölfjährigen Übergangszeit galt EU-Recht. Aber es gab trotzdem keine Sanktionen, wenn Ställe nach alter Art errichtet wurden.“ Mayer sieht genau hier eklatante Versäumnisse und fordert eine „gnadenlose Durchsetzung“. Das nun eingeleitete Vertragsverletzungsverfahren kann sich über Jahre hinziehen.

► KOMMENTAR SEITE 2

► INTERVIEW SEITE 9

KOMMENTAR

Zu spät und viel zu lasch

Thema: Kampf gegen Batterie-Käfige

VON GIORGIO TZIMURTAS

Die EU-Kommission will im Kampf gegen die Batteriekäfige von Legehennen also doch durchgreifen. Sie hat ein Vertragsverletzungsverfahren gegen jene 13 EU-Staaten eröffnet, in denen die seit Januar verbotene Haltungsform noch die Regel ist. Dieses Vorgehen ist zwar zu begrüßen, aber zur Wahrheit gehört auch: Die Brüsseler Behörde handelt zu spät und hat sich lange als viel zu lasch verhalten. Der politische Druck



im Vorfeld erschöpfte sich offenbar im bloßen Erinnern an die Frist. Gleichzeitig schaute die Kommission tatenlos zu, wie weiter fröhliche Urständ gefeiert wurden. Auch in dieser Weise: Neue Anlagen wurden nach alter – und illegaler – Art und Weise gebaut. Zumindest hier wären Sanktionen schon zuvor möglich gewesen. Dieser schlimme Verdacht drängt sich auf: Die besagten Länder sollten absichtlich geschont werden. Sollte das zutreffen, wäre es ein heftiger Skandal.